

Frauenarmut in Österreich: Märchen und Wahrheit

Eine Information der Arbeitsgruppe „Frauen und Armut“/Die Armutskonferenz.

Märchen	Wahrheit
In Österreich ist niemand arm	Österreich gehört zu den zehn reichsten Ländern der Erde. Dennoch haben sehr viele Frauen sehr wenig Geld 4,9%, das sind 200.000 Frauen leben in Österreich in akuter Armut, fast dreimal so viele an der Armutsgrenzen (Armutquote der Männer: 2,9%)
Wir müssen eben alle sparen! Die Sparpolitik in Österreich trifft ja alle gleich- Frauen und Männer, Arme und Reiche	Frauen werden wegen ihres geringeren Einkommens durch die Erhöhung von Gebühren , durch Selbstbehalte und durch die Pensionsreform viel stärker getroffen als Männer; sie verlieren dadurch einen viel höheren Anteil ihres Gehaltes als Gutverdienende. Reiche dagegen zahlen in Österreich besonders wenig Steuer: Österreich ist das EU-Land mit der niedrigsten Vermögensbesteuerung.
Die Steuerreform bringt allen was	Für 2,1 Mio ArbeitnehmerInnen, die meisten davon Frauen gibt es durch die Steuerreform keine Entlastung , das sie zu wenig verdienen. Sie werden aber durch höhere Abgaben deutlich belastet. Gehen beide Elternteile arbeiten, bringt die Reform auch nichts. Gefördert wird statt dessen ein antiquiertes Familienmodell, wo die Frau nur ein bisschen dazu verdienen darf
Vater Staat sorgt für alle Kinder gleich- Alleinerziehende bekommen ohnehin für ihre Kinder den staatlichen Unterhaltsvorschuss, wenn der Kindesvater keinen Unterhalt zahlt.	17% (also jede 6.) Alleinerzieherin erhält weder Kindesunterhalt noch Unterhaltsvorschuss! Dieser wird nämlich nicht ausbezahlt, wenn feststeht, dass der Kindesvater (z.B. durch Arbeitsunfähigkeit, Krankheit etc.) zahlungsunfähig ist. Und für viele Migrantinnenkinder sorgt Vater Staat auch nicht, denn für sie gibt es meist keine Familienbeihilfe und kein Kinderbetreuungsgeld.
Frauen können dank Kinderbetreuungsgeld wählen zwischen unbezahlter Familienarbeit oder bezahlter Berufsarbeit.	Das Kinderbetreuungsgeld von 14,53 Euro pro Tag reicht – ohne Zusatzeinkommen - zum Leben nicht aus . Um wirklich „wählen“ zu können, fehlt es außerdem an qualitativollen und erschwinglichen Kinderbetreuungseinrichtungen .
Obdachlose Frauen gibt es ohnehin nicht.	Viele Frauen sind „versteckt“ obdachlos oder von Obdachlosigkeit bedroht. Oft gehen Frauen „Zweckbeziehungen“ ein und nehmen Gewalt und sexuelle Ausbeutung auf sich, um eine zeitlang ein Dach über dem Kopf zu haben. Aus Angst vor Stigmatisierung sprechen sie jedoch nicht darüber
Keine Frau muss heutzutage bei ihrem gewalttätigen Mann bleiben!	Zu den wesentlichen Folgen für Frauen nach der Trennung von ihrem gewalttätigen Mann gehören meist: hohe Verschuldung der betroffenen Frauen wegen übernommener Bürgschaften; Verlust des Arbeitsplatzes, weil der Gewalttäter die Frau oft weiterhin verfolgt; Armutgefährdung ; für Migrantinnen- Verlust des Aufenthaltsrechtes , da sie wegen des Familieneinkommens an die Ehe gebunden sind
Ausländerinnen profitieren am meisten von unserem Sozialsystem.	AusländerInnen zahlen mehr ein als sie herausbekommen. Trotz gleicher Pflichten sind sie beim Zugang zu sozialen Gütern (Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Sozialhilfe, sozialer Wohnbau, Arbeitsmarkt) nicht gleichgestellt .
Frauen verdienen heute doch genau so viel wie Männer.	Frauen verdienen im Durchschnitt rund 40% weniger als Männer. Ursachen dafür sind ein geringeres Starteinkommen, familienbedingte Karriereunterbrechungen, Benachteiligungen durch Teilzeitarbeit und die Tatsache, dass viele Frauen nicht ihren Qualifikationen entsprechend eingesetzt werden.
Wer arbeiten will, findet auch Arbeit!	Derzeit kommen auf 1 offene Stelle 11 Arbeitsplatzsuchende und auf eine angebotene Lehrstelle 2,5 Lehrstellensuchende. Werden die „versteckten Arbeitslosen“ dazugerechnet, z.B. jene ca. 10.000 Frauen, denen aufgrund des Partnereinkommens keine Notstandshilfe ausbezahlt wird, erhöht sich die Zahl der Arbeitssuchenden um 50%.

Das EAPN setzt sich für eine bessere Wohlstands-, Chancen- und Ressourcenverteilung ein

Nr107
Juli - August 2004

Erscheint in Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch

Herausgeber
F. Farrell

Redaktion
V. Forest

Rue du Congrès 37-41 bte2

B-1000 Brüssel

tel. 32 2 230 44 55

fax 32 2 230 97 33

E-mail: team@eapn.skynet.be

Internet: http://www.eapn.org

In Zusammenarbeit mit

P. Brandellero

C. Champeix

C. Nolmans

C. Fonseca

Bureau de dépôt

1600 Sint Pieters Leeuw 1



Mit der Unterstützung der Europäischen Kommission

Was wir brauchen: Soziale Gerechtigkeit statt Märchen, die allen schaden!

Mehr Informationen über die Aktionen und Positionen der Arbeitsgruppe „Frauen und Armut“ finden Sie unter: www.frauenarmut.at

EAPN | Nr107 | 2004

8

Soll der Beschäftigungsprozess weiterhin unsere Unterstützung erhalten?

Das EAPN-Seminar in Porto zur Europäischen Beschäftigungsstrategie ging von dem bitteren Fazit aus, dass die von den Staats- und Regierungschefs angenommenen Beschäftigungspapiere mittlerweile zwar Eingliederung zum Ziel haben, die derzeitigen beschäftigungspolitischen Maßnahmen jedoch nicht zur Eingliederung beitragen und den sozialen Zusammenhalt sogar gefährden.

Der vom Rat angenommene Ansatz trägt nur wenig dazu bei, die Flut der Herausforderungen an das europäische Sozialmodell abzuwehren. Die Instrumente der offenen Koordinierungsmethode (OKM) können nicht effizient greifen, da sie nicht von echtem politischen Willen, echter Teilhabe aller betroffenen Akteure oder einer praktischen Umsetzung seitens der Mitgliedstaaten untermauert werden.

Verdient die Beschäftigungsstrategie also überhaupt noch unsere Unterstützung? Das EAPN muss weiterhin die Teilhabe auf allen Ebenen der offenen Koordinierungsmethode im Bereich Beschäftigung einfordern, da Beschäftigung im Zusammenhang mit Ausgrenzung von wesentlicher Bedeutung ist, und da die Diskussionen in Porto außerdem zeigten, dass unsere Mitglieder – aufgrund ihrer Erfahrungen aus der Basisarbeit mit Menschen, die vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind oder eine unsichere Beschäftigungssituation erleben - über enormes Wissen und starke Argumente verfügen bezüglich der Notwendigkeit und der Möglichkeiten, Beschäftigung für die Eingliederung zu nutzen.

Das Netzwerk muss indessen seine Agenda vom eigentlichen Prozess abrücken und versuchen, die Diskussionen zu diesem ideologischen Kontext zu beeinflussen. Armut und soziale Ausgrenzung müssen zu diesem Zweck von ihrer Seitenposition auf die politische Agenda und in die öffentliche Diskussion gebracht werden.

Claire Champeix

SCHWERPUNKT BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALE EINGLIEDERUNG

INHALT

Beschäftigung

- Die Europäische Beschäftigungsstrategie: Ein Instrument oder eine Gefahr für die soziale Eingliederung? 2
- Der Gemeinsame Beschäftigungsbericht 2
- Die Rolle des Europäischen Sozialfonds 3
- Ein Kompromiss zwischen Armut und Arbeitslosigkeit? 4
- „Arbeit lohnend machen“ 4
- Arbeitende Migranten ohne Papiere in Europa 5
- Wie groß ist die Zahl der „arbeitenden Armen“? 6
- Interview mit John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)..... 6
- EAPN-Veröffentlichungen 6

Nachrichten aus Österreich

- Der österreichische Sozialstaat: Ein Überblick 7
- Das Profil von EAPN Österreich 7
- Frauen und Armut in Österreich: Mythen und Realität 8

Die Europäische Beschäftigungsstrategie: Ein Instrument oder eine Gefahr für die soziale Eingliederung?

Das EAPN äußert seine Meinung zu entstehenden beschäftigungspolitischen Maßnahmen, die nicht nur die Arbeitslosen, sondern auch die Arbeitnehmer verletzlicher machen.

In der Ausgabe von *Nachrichten aus dem Netz* von Mai 2003 begrüßte das EAPN, dass die Zielsetzungen von Nizza zur sozialen Eingliederung in die neuen beschäftigungspolitischen Leitlinien aufgenommen wurden. Diese bestimmten die Agenda der nationalen Aktionspläne für Beschäftigung (NAP/Beschäftigung), die von den einzelnen Mitgliedstaaten über die offene Koordinierungsmethode im Bereich Beschäftigung festgelegt wurden (1).

Ein Jahr später befürchten die Mitglieder des EAPN, dass manche beschäftigungspolitischen Maßnahmen dazu führen, die Lage der Arbeitslosen zu untergraben und die Zahl der „arbeitenden Armen“ zu erhöhen (siehe Kasten Seite 5). Dies bewog die EAPN-Task Force Beschäftigung, dieses Jahr eine Analyse der NAP/Beschäftigung 2003 aus dem Blickwinkel der Anliegen des EAPN durchzuführen (2). Die Ergebnisse dieser Analyse wurden auf dem Seminar diskutiert, das am 29. und 30. April in Porto stattfand, und EAPN-Mitglieder der Task Forces Beschäftigung, soziale Eingliederung und Strukturfonds, zahlreiche Mitglieder des portugiesischen Netzwerks und verschiedene Vertreter der portugiesischen Behörden und europäischer Institutionen zusammenbrachte.

Sieben nationale Netzwerke des EAPN untersuchten im Rahmen eines gemeinsamen Analyseverfahrens die NAP/Beschäftigung ihrer Länder. Die Ergebnisse waren enttäuschend und alarmierend und fanden in den Semindiskussionen Bestätigung. Die NAP/Beschäftigung zielen eher auf Vollbeschäftigung und Produktivität als auf sozialen Zusammenhalt, und das, obwohl allen drei Zielsetzungen bei der Überarbeitung der Strategie gleiches Gewicht zugesprochen wurde. Verweise auf die Zielsetzungen von Nizza sind knapp. Robert Strauss, der Vertreter der Europäischen Kommission, sprach von einer „fehlenden Wechselwirkung zwischen dem europäischen Prozess der Eingliederung und dem der Beschäftigung“ und unterstrich die Rolle von Organisationen wie dem EAPN. Die

Europaabgeordnete Ilda Figueiredo sagte, dass es eine Schande sei, wie schlecht die Umsetzung der Strategie finanziert werde.

Die Strategie ist in den neuen EU-Mitgliedstaaten noch nicht ausgereift, und Organisationen gegen Armut nahmen an der Erstellung der Dokumente zur gemeinsamen Bewertung der Beschäftigungspolitik (3) von 1999 gar nicht teil: Damit in einer erweiterten Union Beschäftigung auf die soziale Eingliederung hinarbeitet, ist großes Engagement vonnöten.

NRO aus dem Prozess ausgeschlossen

Betrachtet man speziell die verschiedenen Zielsetzungen von Nizza, stellt sich heraus, dass die NAP/Beschäftigung wenig zu ihrer Förderung beigetragen haben. Die spezifischen Ausbildungsbedürfnisse von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, werden weitgehend ignoriert, und der Schwerpunkt liegt eher auf privaten Investitionen in die profitabelsten Ausbildungsbereiche. Der nicht-kommerzielle Sektor, der die Schlüsselrolle in der zivilen und solidarischen Wirtschaft spielt, wird als unwichtig

abgetan. In einigen Ländern ist die Zukunft der öffentlichen Arbeitsverwaltungen – ein Rettungsanker für Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind - in Gefahr. Während die Staats- und Regierungschefs in Nizza versprochen, sich für die sozial Schwachen einzusetzen, sind die beschäftigungspolitischen Maßnahmen speziell für diese Gruppe bestürzend unzulänglich.

Obwohl die Beteiligung aller Akteure ein Hauptelement der offenen Koordinierungsmethode ist, und trotz der Bedeutung, die der fachlichen Unterstützung seitens der Organisationen zukommt, die die Interessen der von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffenen Menschen vertreten, werden diese NRO vom Beschäftigungsprozess ausgeschlossen. Darüber hinaus betonte der Governador Civil (Präfekt) von Porto, Manuel Maria Moreira, dass die Strategie eine „effektivere Mitwirkung der lokalen Behörden enthalten sollte, da diese bestimmte Probleme besser verstehen und sich oft als außerordentlich fähig erweisen, wenn es darum geht, die Probleme anzugehen.“

Portugal verkörpert geradezu die Grenzen der Strategie. Das Land befindet sich im Würgegriff einer stark ansteigenden Arbeitslosigkeit, hat gerin-

„Das europäische Sozialmodell sollte als Welterbe der Menschheit geschützt werden“

Der Gemeinsame Beschäftigungsbericht

Im Falle des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts 2003-2004 (GBB), den die Kommission am 21. Januar 2004 angenommen hat und der auf der Frühjahrstagung des Europäischen Rates genehmigt wurde, stellt das EAPN die überwiegende Ansicht in Frage, dass beschäftigungspolitische Maßnahmen eher auf wirtschaftliches Wachstum als auf sozialen Zusammenhalt hinarbeiten sollten und dass Beschäftigung der Schlüssel zur sozialen Eingliederung ist. Das EAPN protestiert auch gegen die Tatsache, dass NRO, die die Interessen von Menschen vertreten, die von Ausgrenzung betroffen sind, nicht beteiligt waren, und dass einer der Hauptbeiträge von der Wim Kok-Task Force hinter verschlossenen Türen erstellt wurde.

Der Gemeinsame Beschäftigungsbericht enthält in den folgenden Bereichen allerdings durchaus positive Aspekte, auf die zurückgegriffen werden kann:

- Aktivierungs- und Verhinderungsfaktoren,
- Stärkere Konzentration auf das Ziel „soziale Eingliederung“,
- Stärkere Konzentration auf die Faktoren der geschlechtsspezifischen Unterschiede,
- Notwendigkeit einer besseren Integration sozial verletzlicher Gruppen in den Arbeitsmarkt,
- Die Bedeutung der Qualität der Arbeit und der Arbeitsplatzsicherheit,
- Das Thema der „arbeitenden Armen“,
- Lebenslanges Lernen,
- Bessere Governance der Europäischen Beschäftigungsstrategie.

Der Gemeinsame Beschäftigungsbericht ist abrufbar unter:

http://europa.eu.int/comm/employment_social/employment_strategy/employ_de.htm

ge Löhne und einen Bildungsstand, der zu den niedrigsten innerhalb der Union zählt. Laut Agostinho Cesário Jardim Moreira, dem Präsidenten von EAPN-Portugal, leben zum Beispiel manche Menschen in Porto-Innenstadt „am Rande des Existenzminimums“. Die Erstellung des portugiesischen NAP/Beschäftigung wurde jedoch nicht als Chance genutzt, um die betroffenen Akteure wirklich zu Rate zu ziehen.

Das europäische Sozialmodell ist gefährdet

Doch nicht nur die beschäftigungspolitischen Maßnahmen geben Grund zur Besorgnis, sondern, ganz allgemein, die vorherrschende Auslegung der Lissabonner Agenda, bei der Wettbewerbsfähigkeit vor dem sozialen Zusammenhalt kommt, und zwar bis zu einem Punkt, dass man sich wie der EAPN-Vorsitzende Fintan Farrell durchaus fragen kann, ob „das europäische Sozialmodell nicht als Wertebeker der Menschheit geschützt werden sollte“.

Die aktuellen beschäftigungspolitischen Maßnahmen sind weniger an den Zielsetzungen von Nizza orientiert als an einer Entschlossenheit, die Teilhabe am Arbeitsmarkt zu erhöhen, koste es, was es wolle. Die Beschäftigungsquote wird als Ziel an sich angesehen, das höheres Wachstum bringt und so auch indirekt den sozialen Zusammenhalt fördert. Vor diesem Hintergrund tragen viele Arbeitsmarktreformen den Stempel von Maßnahmen, die darauf zielen „Arbeit lohnend zu machen“.

Die Wirkung dieses Ansatzes zur sozialen Eingliederung zeigt sich deutlich. Abgesehen von einer Zunahme der Armut durch Kürzungen der Sozialleistungen - „Verdien', was du bekommst“-Ansätze, die Rechte mit Füßen treten - stigmatisieren diese Maßnahmen Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, und verschlechtern ihr Verhältnis zu den öffentlichen Arbeitsverwaltungen, die diesen Menschen eigentlich helfen sollten. Diese Maßnahmen beruhen auf der fälschlichen Annahme, dass Menschen in Schwierigkeiten Arbeitseinkommen und Sozialleistungen als gleichwertig betrachten, dabei wollen faktisch die meisten dieser Menschen eine Arbeit und benötigen vor allem echte Chancen und Unterstützung, um wieder und dauerhaft in den Arbeitsmarkt einzusteigen.

Die momentanen Maßnahmen richten sich auf individuelle Verantwortung, Flexibilität und Mobilität und verlangen, dass sich der Einzelne den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes anpasst. Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu verbessern, wird bei diesen Maßnahmen wenig bzw. gar nicht

beachtet. Die Strukturfonds können eine wesentliche Stütze der beschäftigungspolitischen Maßnahmen sein, doch wie Maria Marinakou, Präsidentin des EAPN und Mitglied der Task Force Strukturfonds aufzeigte, werden sie eindeutig nach den Prioritäten der einzelnen Mitgliedstaaten eingesetzt, und soziale Eingliederung steht bei ihrer Umsetzung nicht im Mittelpunkt.

Künftige Strategien

Die vom EAPN ausgeführte Analyse der Auswirkungen der beschäftigungspolitischen Maßnahmen auf den sozialen Zusammenhalt ist ein wichtiges Sprungbrett für eine scharfe Verurteilung der „unbewährten Verfahren“, die zu erzwungener Arbeit und einer Zunahme der arbeitenden Armen führen, und kann außerdem die öffentliche Diskussion in Gang bringen. Gleichzeitig wird das Netzwerk Verfahren analysieren und fördern, die Beschäftigung auf praktische Weise für die soziale Eingliederung nutzen. Schlüsselemente sind in diesem Zusammenhang Ausbildungsmöglichkeiten für Menschen, die weit vom Arbeitsmarkt entfernt sind, und Beschäftigung im Rahmen einer auf Solidarität beruhenden Wirtschaft.

Neben der Analyse von Entwicklungen bei den europäischen Maßnahmen für soziale Eingliederung und Beschäftigung wird das EAPN auch massiv in die Diskussion über die wirtschaftspolitischen Leitlinien der Union und die Zukunft der Lissabonner Agenda einsteigen. Auf diesem Gebiet muss das EAPN engere Verbindungen mit wesentlichen Akteuren wie Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen knüpfen und sachdienliche Bündnisse schließen.

Durch ihr Wissen haben Organisationen, die die Interessen von Menschen vertreten, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, einen Anspruch darauf, am Prozess der offenen Koordinierungsmethode im Bereich Beschäftigung teilzunehmen. Gleiches gilt für die Erstellung der NAP/Beschäftigung auf nationaler Ebene, des Gemeinsamen Beschäftigungsberichts, der Empfehlungen an die Mitgliedstaaten und der Peer-Review-Programme auf europäischer Ebene.

Claire Champeix

(1) Für weitere Informationen zur Europäischen Beschäftigungsstrategie: http://europa.eu.int/comm/employment_social/employment_strategy/pub_emp_services_de.htm

(2) „EAPN national networks' evaluation of the national action plans for employment“, Zusammenfassung, EAPN April 2004 (abrufbar unter www.eapn.org)

(3) Die Dokumente zur gemeinsamen Bewertung der Beschäftigungspolitik sind vorbereitende Dokumente zur Integration der neuen Beitrittsländer in den Beschäftigungsprozess.

DIE ROLLE DES EUROPÄISCHEN SOZIALFONDS

Der Europäische Sozialfonds (ESF) ist das finanzpolitische Werkzeug für die praktische Umsetzung der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS). Sein Budget beträgt für die Jahre 2000-2006 62,5 Milliarden Euro. Die Kommission schätzt, dass 8 % der Ausgaben für aktive Arbeitsmarktmaßnahmen innerhalb der Union, die für die Strategie von zentraler Bedeutung sind, aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert werden.

EQUAL ist eine spezielle Initiative, die aus dem Europäischen Sozialfonds finanziert wird. Sie möchte neue Mittel der Bekämpfung von Diskriminierung und Ungleichheiten sowohl im Arbeitsleben als auch bei der Arbeitssuche erproben. Die Aktivitäten von EQUAL sind an vier Pfeilern ausgerichtet: Beschäftigungsfähigkeit, Unternehmergeist, Anpassungsfähigkeit und Chancengleichheit für Frauen und Männer.

Die letztjährige Halbzeitbewertung des Europäischen Sozialfonds hatte zum Ziel, die überarbeitete EBS für 2003-2006 stärker mit den Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds zu verknüpfen. In seinem Bericht über die Überarbeitung der Strukturfonds betonte das EAPN, dass vom Europäischen Sozialfonds finanzierte Arbeitsmarktmaßnahmen, so wichtig sie auch sein mögen, nicht ausreichen, um das Ziel der sozialen Eingliederung zu erreichen: „Marginalisierte Gruppen benötigen eine Vielzahl von Maßnahmen, die ihre soziale Eingliederung und Teilhabe fördern.“

Website des Europäischen Sozialfonds: http://europa.eu.int/comm/employment_social/esf2000/index-de.htm

Website von EQUAL: http://europa.eu.int/comm/employment_social/equal/index_de.html

Stellungnahme des EAPN zur Halbzeitbewertung der Strukturfonds: www.eapn.org oder auf Anfrage unter: team@eapn.skynet.be

Ein Kompromiss zwischen Armut und Arbeitslosigkeit?

„Arbeit lohnend machen“

Der Standpunkt der Kommission, der in ihrer Mitteilung vom 31. Dezember 2003 unter dem Titel „Modernisierung des Sozialschutzes für mehr und bessere Arbeitsplätze - Ein umfassender Ansatz um dazu beizutragen, dass Arbeit sich lohnt“ dargelegt wurde, untersucht die von den Mitgliedstaaten entwickelten Maßnahmen, die Menschen wieder in den Arbeitsmarkt integrieren sollen. Einige Mitgliedstaaten haben ihre Berechtigungskriterien für Sozialleistungen verschärft. Oft herrscht die Meinung, dass eine über einen zu langen Zeitraum ausgezahlte Arbeitslosenunterstützung potentiell keinen Anreiz mehr bietet, wieder eine Arbeit anzunehmen.

Laut EAPN unterwirft der Ansatz „Arbeit lohnend machen“ die beschäftigungspolitischen Maßnahmen den Bedürfnissen der Wirtschaft und steht zudem bereits hinter Leistungskürzungen und der Zunahme der „Workfare“-Programme. Dieser Ansatz ignoriert, dass die meisten Menschen, die von Arbeitslosigkeit und Armut betroffen sind, den großen Wunsch hegen, zu arbeiten, stigmatisiert auf diese Weise die Betroffenen und könnte die Grundlage für miserable Beziehungen zwischen den Sozialdiensten und den Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, bilden.

Mitteilung der Kommission:
http://europa.eu.int/comm/employment_social/news/2004/jan/making_work_pay_de.html

In der Diskussion um die „Sozialmodelle“ in Europa und den USA werden häufig der hohe Sozialschutz in Europa und die hohe Beschäftigungsquote in den USA gegenübergestellt. In Europa gibt es in der Tat weniger Armut und in den USA weniger Arbeitslosigkeit, und dieser Vergleich führte häufig zu der Annahme, dass man zwischen Armut und Arbeitslosigkeit einen Kompromiss schließen müsse. Diese Kompromissannahme beruht jedoch darauf, dass auf der einen Seite die USA und auf der

anderen die Europäische Union verglichen wurden. Betrachtet man hingegen die einzelnen EU-Mitgliedstaaten, ist von diesem Kompromiss nichts mehr zu sehen, wie aus einem neuen Bericht hervorgeht, der die Armutsraten und Arbeitslosenquoten von 15 OECD-Mitgliedern vergleicht (1). Das Schaubild unten trennt die Länder mit höheren Beschäftigungsquoten von denen, mit niedrigeren bzw. die Länder mit höheren Armutsraten von denen mit niedrigeren.



Es zeigt sich, dass es die verschiedensten Konstellationen gibt:

- In einigen Ländern gibt es hohe Armutsraten und hohe Beschäftigungsquoten,
- In anderen gibt es niedrige Armutsraten und hohe Beschäftigungsquoten,
- Oder hohe Armutsraten und niedrige Beschäftigungsquoten,
- Oder niedrige Armutsraten und niedrige Beschäftigungsquoten.

Eine Untersuchung der Kinderarmutsraten in Industrieländern (2) ergab, dass der Anteil der von Armut betroffenen Kindern in diesen Ländern stark variierte, was vermutlich auf zwei Gründe zurückzuführen ist. Beschäftigung ist zwar nicht der einzige Faktor, aber doch von einiger Bedeutung. Das Sozialschutzniveau in den einzelnen Ländern ist hingegen von äußerster Bedeutung. Der Bericht enthält auch einen weiteren internationalen Vergleich und setzt das Ausmaß der Kinderarmut in den verschiedenen Ländern miteinander in Beziehung, was zu einem erstaunlichen Ergebnis führte. Länder wenden entweder viel Geld auf und haben

niedrige Armutsraten oder sie wenden weniger Geld auf und haben hohe Armutsraten: „Es ist eindeutig, dass Einkommenstransfers und die weiteren Leistungen des Wohlfahrtsstaates sehr wichtig sind, wenn es um den Lebensstandard von Kindern, die von Armut betroffen sind, geht, und sie standen im Mittelpunkt vieler früherer Studien über Kinder- bzw. Erwachsenenarmut. Länder, die in Sachen Wohlfahrt an der Spitze stehen, haben niedrige Armutsraten, während die „Nachzügler“ in Sachen Wohlfahrt bedeutend höhere Kinderarmutsraten aufweisen“ (3).



Der Zusammenhang ist hier genauso offensichtlich wie der fehlende Zusammenhang im ersten Schaubild.

Die europäischen Regierungen haben Beschäftigung zum Kernstück ihrer Armutsbekämpfungsstrategien gemacht. Der Bericht bietet einige Unter-

stützung für diese strategische Entscheidung: Die Ziele „höhere Beschäftigung“ und „niedrigere Armut“ können gleichzeitig verfolgt werden und

sich sogar gegenseitig neuen Nachdruck verschaffen. Der deutliche Zusammenhang zwischen den Sozialschutzausgaben eines Landes und seiner Armutsrate und der fehlende Zusammenhang zwischen Armutsraten und Beschäftigungsquoten deuten jedoch genauso klar darauf hin, dass Beschäftigung nicht die einzige Antwort auf Armut sein kann.

John Sweeney von der irischen Children's Rights Alliance [Bündnis für Rechte der Kinder] führte Folgendes an: „Die Schlussfolgerung ist nicht so simpel, dass man sagen könnte, ‚die Niedrigkeit der Kinderarmutsrate eines Landes hängt davon ab, wie viele Steuergelder dieses Land gewillt ist, für sie auszugeben‘. Man kann jedoch durchaus

zu der Schlussfolgerung kommen, dass die niedrigsten Kinderarmutsraten von Ländern erzielt werden, bei denen eine Konzentration auf höhere Beschäftigungsquoten als sicherer Weg zu einer geringeren Abhängigkeit von Sozialleistungen nicht dazu führte, die ursprüngliche Aufgabe des Wohlfahrtsstaates zu verschleiern, nämlich: Lebensstandards zu wahren.“

Richard Exell - Britischer Gewerkschaftskongress

(1) „Low Pay and Poverty in OECD Countries“, I. Marx, Employment Audit, Employment Policy Institute (UK), Winter 1999.

(2) „Child Poverty Across Industrialized Nations“, B. Bradbury & M. Jäntti, Innocenti Occasional Papers, Economic and Social Policy series Nr. 71, September 1999.

(3) *Ibid.*, S. 71

Arbeitende Migranten ohne Papiere in Europa

Phänomene wie Globalisierung, Mobilität und Ausbeutung von Arbeitskräften sind miteinander verknüpft. Menschen, die ihre Länder infolge der Globalisierung verlassen mussten, versuchen anderswo, ihr Auskommen zu finden. Da es jedoch schwierig ist, legal in die Europäische Union einzureisen, kommen viele Migranten illegal herein oder werden „illegal“, nachdem Ihre Visa oder Aufenthaltsgenehmigungen abgelaufen sind. Sie haben kein Recht, zu arbeiten, da ihnen eine offizielle Arbeitserlaubnis fehlt, finden in Europa nur schwer ihr Auskommen und werden häufig mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit konfrontiert.

Gleichzeitig sind verschiedene europäische Wirtschaftssektoren auf Arbeiter ohne Papiere angewiesen, um ihren Arbeitsbedarf erfüllen zu können. Der Prozentsatz an Arbeitern ohne Papiere ist je nach Land und Sektor unterschiedlich, es wird aber beobachtet, dass Arbeit ohne Papiere ein gängiges Element der europäischen Volkswirtschaften ist. Arbeiter ohne Papiere kommen im landwirtschaftlichen Bereich, bei Hausarbeit, im Bausektor usw. zum Einsatz. Verfügbarkeit und Flexibilität sind zwei wichtige Eigenschaften, die Arbeitgeber in diesen Sektoren bei Arbeitern suchen. Ziel ist es, die Arbeiterschaft zu einer Variablen zu machen, die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten reduziert werden kann. Manche Arbeitgeber suchen Arbeiter, die flexibel sind, verfügbar, wenn sie gebraucht werden, und zudem schlechte Arbeitsbedingungen akzeptieren. Was diese Anforderungen betrifft, sind Migranten ohne Papiere geradezu „perfekte“ Arbeiter: Sie machen nur selten ihr Recht auf faire Arbeitsbedingungen geltend, da sie von ihren Einnahmen abhängig sind und mögliche weitreichendere Konsequenzen fürchten.

Eines sollten wir zur Kenntnis nehmen: Indem wir dulden, dass einer bestimmten Arbeitnehmergruppe Rechte verweigert werden, riskieren wir eine generelle Verschlechterung der Rechte der Arbeitnehmer. Migranten und Migranten ohne Papiere bildeten schon oft die Versuchsgruppe für eine grundlegende Neuordnung der Wirtschaftsstruktur und der Arbeitsmodelle. Die Neuorientierung der Beziehungen von Kapital und Arbeit hin zu einer immer höheren Flexibilität und stärkeren Externalisation wurde und wird an ausländischen Arbeitskräften ausprobiert. Der Ansatz „Arbeit haben ohne den Arbeiter“ läuft Gefahr, das Herzstück der gesamten künftigen Arbeitspolitik zu werden, wenn er nicht in seinem momentanen Stadium gestoppt wird.

Ohne Papiere zu sein, bedeutet nicht automatisch, keinerlei Rechte zu besitzen; ganz im Gegenteil haben verschiedene internationale Abkommen Rechte für alle Menschen bzw. Arbeitnehmer festgelegt, unabhängig von ihrem gesetzlichen Status. Nationale und internationale Maßnahmen sollten auf Grundlage der existierenden internationalen Instrumente umgesetzt werden. Ein Ansatz, der Arbeiter ohne Papiere unterstützt, wird nicht notwendigerweise den Umfang der Schattenwirtschaft vergrößern. Skrupellose Arbeitgeber würden von einer Stärkung der Rechtssicherheit und der Fähigkeit der Arbeitnehmer, Konflikte auszutragen, abgeschreckt werden. So gesehen wird der unterstützende Ansatz zu einem wirksamen Instrument, wenn es darum geht, Anreize für Ausbeutung und unfairen Wettbewerb zu verringern und somit die Rechte aller Arbeitnehmer zu stärken.

Nele Verbruggen - PICUM-Koordinatorin

WIE GROß IST DIE ZAHL DER „ARBEITENDEN ARMEN“?

Zugang zum Arbeitsmarkt wird häufig als ein schneller Ausweg aus Armut und sozialer Ausgrenzung dargestellt. Die Teilhabe am Erwerbsleben zu fördern ist schließlich das Hauptziel der Europäischen Strategie zur sozialen Eingliederung.

Die von Eurostat, dem Statistik-Dienst der EU, vorgelegten Zahlen, scheinen zu belegen, dass die Armutsrate unter der arbeitslosen Bevölkerung im Europa der fünfzehn Mitgliedstaaten 2001 bei 38 % lag. Unter der arbeitenden Bevölkerung, so wurde behauptet, sank sie auf 7 %. Betrachtet man jedoch die wirklichen Zahlen der Betroffenen, so stellt sich heraus, dass es 5 Millionen Arbeitslose gibt, die von Armut betroffen sind, und mehr als doppelt so viele, nämlich 11,4 Millionen Menschen, die Arbeit haben aber trotzdem unterhalb der Armutsgrenze leben.

Natürlich müssen diese Statistiken mit der üblichen Vorsicht betrachtet werden; sie scheinen jedoch nichtsdestotrotz darauf hinzudeuten, dass nicht einfach noch mehr neue Arbeitsplätze nötig sind, sondern mehr qualitativ hochwertige Arbeitsplätze.

PICUM, die Plattform für internationale Zusammenarbeit bezüglich Migranten ohne Papiere, ist ein Netzwerk von Organisationen, die in Europa lebende Migranten ohne Papiere unterstützen. Ziel von PICUM ist es, diesen Migranten Zugang zu sozialen Grundrechten zu verschaffen, wie etwa dem Recht auf Gesundheitsversorgung, auf Bildung, auf Wohnraum und auf faire Arbeitsbedingungen für Migranten ohne Papiere. Der Artikel basiert auf dem Bericht „Undocumented Migrant Workers in Europe“ [In Europa arbeitende Migranten ohne Papiere], den PICUM im Januar 2004 veröffentlichte. Weitere Informationen unter: www.picum.org



John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes

EAPN-Veröffentlichungen

- „Review of the financial perspective 2007-2013 and its implications for European action against poverty“ (Mai 2004)
- „EAPN national networks' evaluation of the National Action Plans for Employment: Synthesis Report“ (April 2004)
- „EAPN reaction regarding the Joint Employment Report 2003-2004“ (April 2004)
- „EAPN position on streamlining open coordination in the field of social protection“ (September 2003)
- „EAPN response to the Social Protection Committee document ‚Key issues on social protection and employment‘“ (April 2003)
- „EAPN Response to the Commission's Communication on the future of the European Employment Strategy (EES) ‚A strategy for full employment and better jobs for all‘“ (März 2003).
- „Making the Employment Strategy work for Social Inclusion“ (September 2002)
- „A submission from EAPN on the review of the European Employment Strategy“ [EAPN-Beitrag zur Bewertung der Europäischen Beschäftigungsstrategie] (Juni 2002)
- „How are the Employment guidelines addressing long-term unemployment?“ (Januar 2001)
- „The Employment Guidelines: Are they working?“ (Februar 2000)

Die Veröffentlichungen sind unter www.eapn.org erhältlich oder auf Anfrage unter: team@eapn.skynet.be

„Das europäische Sozialmodell muss als produktiver Faktor anerkannt werden“

Interview mit John Monks, Generalsekretär des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB).

EAPN: Glauben Sie, dass die Europäische Beschäftigungsstrategie (EBS) zum sozialen Zusammenhalt beiträgt?

John Monks: Die Umsetzung der überarbeiteten Europäischen Beschäftigungsstrategie wird dazu beitragen, die allgemeine Arbeitsmarktsituation zu verbessern und die Chancengleichheit für Frauen und Männer zu fördern. Die Wiedereingliederung derjenigen in den Arbeitsmarkt, die von ihm ausgegrenzt wurden – und zwar nicht freiwillig oder aufgrund von großzügiger Sozialsysteme, sondern weil nicht genügend Arbeitsplätze geschaffen wurden – wird uns helfen, die Ziele von Lissabon zu erreichen. Um jedoch sicherzustellen, dass wir mehr hochwertige Arbeitsplätze schaffen, müssen aber auch Themen wie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, die Reduzierung des geschlechtsspezifischen Lohngefälles, die Gewährleistung von Sozialversicherungsrechten für atypische Arbeitnehmer, die Bereitstellung qualitativ hochwertiger Arbeitsplätze für Frauen und die Förderung des lebenslangen Lernens Prioritäten bleiben.

Wie sehen die möglichen Risiken und Vorteile des „Aktivierungs“-Ansatzes aus?

Natürlich spielen aktive Arbeitsmarktmaßnahmen eine große Rolle, wenn es darum geht, denen zu helfen, die nicht in der Lage sind, Arbeitsplätze zu sichern und zu erhalten, vor allem Langzeitarbeitslosen, Menschen mit Behinderungen und Arbeitnehmern mit großen häuslichen Verpflichtungen. Es ist jedoch ziemlich gefährlich, wenn man sich zu sehr darauf konzentriert, Arbeitslose um jeden Preis wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Unterschwellig wird dabei unterstellt, dass Arbeitslose unwillig sind, zu arbeiten, und dass über die Sozialversicherungssysteme Wege gefunden werden müssen, Druck auf sie auszuüben, damit sie jeden verfügbaren Job annehmen. Europaweite Untersuchungen haben jedoch ergeben, dass die Mehrzahl der Arbeitslosen, einschließlich der sozial ausgegrenzten, Arbeit zu finden als erste Priorität betrachtet und auch als besten Weg, ihre Lebensbedingungen zu verbessern. Bei einigen Aktivierungsmaßnahmen besteht die Gefahr, dass sie in Richtung eines „Workfare“-Ansatzes nach amerikanischem Vorbild gehen.

Hat die Europäische Beschäftigungsstrategie eine tatsächlich Wirkung, seit sie den Grundzügen der Wirtschaftspolitik untergeordnet wurde?

In Europa herrscht zur Zeit ein Klima, das von enttäuschendem Wachstum geprägt ist, mit der Tendenz,

wirtschaftlichen Zielen vor allen anderen Faktoren Vorrang einzuräumen, auch vor sozialen Maßnahmen. Der EGB hält dies für eine völlige Fehlentwicklung. Das europäische Sozialmodell muss als produktiver Faktor anerkannt werden, mit Beschäftigung, Arbeitsqualität und Investitionen in Menschen als Schlüsselementen der wirtschaftlichen Erholung. Aus diesem Grund lehnt der EGB auch ab, dass die Europäische Beschäftigungsstrategie den Grundzügen der Wirtschaftspolitik untergeordnet wurde. Die beschäftigungspolitischen Leitlinien sollten bei der Koordinierung beschäftigungspolitischer Maßnahmen die Hauptrolle spielen.

Was halten Sie von der „sozialen Verantwortung der Unternehmen“? Können wir von den Arbeitgebern mehr „integrative Arbeitsplätze“ erwarten?

Der EGB betrachtet Initiativen zur sozialen Verantwortung der Unternehmen (SVU) als freiwillige Maßnahmen, die die Unternehmen ergreifen – häufig, um ihr Image aufzumöbeln oder um für Investoren attraktiver zu werden. Bei diesen SVU-Programmen gibt es jedoch keine verbindliche Forderung nach einem Beitrag seitens der Arbeitnehmer oder Gewerkschaften. Der EGB ist nicht gegen die SVU-Initiativen und ist auch gewillt, eine aktive Rolle zu übernehmen, solange es sich bei ihnen um Zusatzmaßnahmen handelt, die nicht darauf abzielen, zwischen den Sozialpartnern getroffene Bestimmungen zu ersetzen.

Es muss klargestellt werden, dass die SVU-Initiativen keine Alternative zum sozialen Dialog und zu Tarifverhandlungen sind. Die SVU-Initiativen müssen im Rahmen des europäischen Sozialmodells entwickelt werden und müssen außerdem auf den gemeinsamen Werten der EU-Mitgliedstaaten basieren, vor allem, was die Erweiterung, die Globalisierung und die nachhaltige Entwicklung betrifft.

Was halten Sie vom Entwurf der Richtlinie über Dienstleistungen im Binnenmarkt, die 2005 angenommen werden soll?

Über einige Bestimmungen in diesem Richtlinienentwurf ist der EGB sehr besorgt. Sie könnten die Regulierung vorantreiben, die Rechte und den Schutz der Arbeitnehmer ernsthaft untergraben und das Angebot an wesentlichen Dienstleistungen für europäische Bürger stark verschlechtern.

Der aktuelle Entwurf ist äußerst mangelhaft, und es besteht die Gefahr, dass er existierende Tarifverträge, nationale Beschäftigungskodexe und den Erfolg des gesamten europäischen Sozialmodells untergräbt. Der EGB kann ihn daher nicht unterstützen und forderte ein Dringlichkeitstreffen mit der Arbeitsgruppe „Wettbewerb und Wachstum“ des Europäischen Rates, um über seine Bedenken zu diskutieren.

Interview: V. Forest

Der österreichische Sozialstaat im Überblick

Nimmt man lediglich das Volumen der eingesetzten Mittel (2002: 29,1% des BIP bzw. 57.785 Mio. Euro) bzw. die Ausdifferenziertheit des Leistungsspektrums in den

Blick, stellt sich Österreich als gut ausgebauter Sozialstaat dar. Aufgrund der zunehmenden Kluft zwischen Leitbildern und Realität sowie durch politische Maßnahmen speziell seit Mitte der 90er Jahre nehmen Verarmungsrisiken dennoch zu.

Keine Mindestsicherung

Österreich ist ein Sozialversicherungsstaat: Für Pensions-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherungen werden mehr als 80% der Gesamtsozialausgaben aufgewendet. Der Anspruch auf Transferzahlungen setzt vorangegangene versicherungspflichtige Erwerbstätigkeit voraus, die entsprechend dem Modell der „male-breadwinner-family“ auch die teilweise Mitversorgung von Familienangehörigen umfasst. Mit der Pluralisierung der Formen des Zusammenlebens, steigenden Scheidungsraten, sowie Veränderungen des traditionellen Geschlechterverhältnisses gerät dieses Modell zunehmend in die Krise: die zuvor „unsichtbare“ Abhängigkeit von Frauen wird nun auch in den Armutsstatistiken sichtbar.

Seit Mitte der 90er Jahre wurden die Zugangsbedingungen zu verschiedenen Sozialversicherungszweigen wiederholt verschärft bzw. die Nettoersatzquoten reduziert. Abgesehen von der Pensionsversicherung gibt es keine Mindestsicherungselemente im österreichischen Sozialversicherungssystem. Dies ist insofern prekär, als Transferleistungen in existenzsichernder Höhe nur zu erwarten sind, wenn die Erwerbsarbeitskarriere dem Leitbild des Normalarbeitsverhältnisses (dauerhaft, kontinuierlich, auf Vollzeitbasis ...) entsprochen hat.

Universelle Leistungen, die keine vorangegangene Erwerbstätigkeit voraussetzen, gibt es u.a. für Personen mit Pflegebedarf, und im Bereich der Familienförderung (gemessen an den eingesetzten Mitteln eine der höchstdotierten in Europa). Sie orientiert sich am Prinzip „jedes Kind ist dem Staat gleich viel wert“ und berücksichtigt Bedarfskriterien nur sehr einge-

schränkt. Das sichert hohe Akzeptanz, führt aber zu überproportionalen Armutsquoten von AlleinerzieherInnen-Haushalten bzw. Haushalten mit drei und mehr Kindern. Universell sind diese Leistungen nur für österreichische StaatsbürgerInnen; nicht-gleichgestellte MigrantInnen haben erst nach einem fünfjährigen ständigen Aufenthalt dieselben Rechte.

Prekäres unterstes Netz

Daneben gibt es noch Leistungen, die nur dann gewährt werden, wenn das „Selbsthilfepotential“ in Hinblick auf Einkommen, Vermögen und Erwerbsarbeitsmarkt erschöpft ist, und auch Familienangehörige nicht für Unterstützungsleistungen herangezogen werden können. Die zwei bedeutsamsten Fürsorgeleistungen sind die Notstandshilfe und die Sozialhilfe. Erstere ist als – theoretisch zeitlich nicht limitierte – Anschluss(versicherungs)leistung an den Arbeitslosengeldbezug konzipiert, zweite stellt das in die Zuständigkeit der Länder fallende unterste soziale Netz dar. Aufgrund fehlender Mindestsicherungselemente in den vorgelagerten Sicherungssystemen bei gleichzeitig zunehmenden Armutsrisiken hat sich die Sozialhilfe zu einer de-facto-Grundsicherung mit enormen Zuwachsraten entwickelt – ohne dabei ein effektives Mittel der Bekämpfung von Einkommensarmut zu sein. Dass nur 1 von 2 anspruchsberechtigten Personen tatsächlich Sozialhilfe erhält...

Zunehmend in den Blick geraten die nicht-monetären Leistungen des Staates. Österreich verfügt über ein - noch? - gut ausgebautes, wenn auch verbesserungswürdiges Angebot an öffentlichen Gütern und Dienstleistungen. Um auf deren zentrale Rolle im Sozialstaat hinzuweisen und sich für ihre Verbesserung einzusetzen, hat das österreichische Anti-Armutsnetzwerk im Vorjahr eine Stopp-GATS-Kampagne mitgetragen.

Martina Kargl

DIE ARMUTSKONFERENZ (EAPN AUSTRIA)

Besteht als Netzwerk von 24 bundesweiten Organisationen, sowie drei regionale Netzwerken (in Salzburg, Kärnten und Oberösterreich). Zweimal pro Jahr treffen sich VertreterInnen der Mitgliedsorganisationen und regionale Netzwerke zur Mitgliederversammlung, ein sechsköpfiges Koordinationsteam koordiniert die laufende Arbeit. Ein Koordinationsbüro mit drei Teilzeitangestellten unterstützt die Arbeit des Teams. Die inhaltliche Arbeit der Armutskonferenz wird von einem wissenschaftlichen Beirat begleitet, dem rund 30 WissenschaftlerInnen angehören.

Zentrale Ziele und Tätigkeiten:

- Informationsarbeit zu Armut und sozialer Ausgrenzung: Medienarbeit, öffentliche Veranstaltungen
- Sozialpolitisches Lobbying und Monitoring auf Österreich und EU-Ebene
- Vernetzung relevanter zivilgesellschaftlicher Akteure im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung
- Veranstaltung von Armutskonferenzen (bisher 5 Konferenzen mit jeweils ca. 400 TeilnehmerInnen: SozialarbeiterInnen, MitarbeiterInnen von NGOs, Betroffene, WissenschaftlerInnen, Interessierte);
- Monitoring der nationalen Aktionspläne gegen Armut und soziale Ausgrenzung, Erstellung eines NGO-Schattenberichts.
- Publikationen zu Armut, Reichtum und sozialer Ausgrenzung.
- Erstellung eines regelmäßig erscheinenden Newsletters.
- Entwicklung und laufende Updates der Website www.armutskonferenz.at.
- Beteiligung an der Entwicklung der website www.sozial-wirtschaft.at (u.a. Erstellung einer sozialpolitischen Datenbank).